

Kantonsratswahlen

«Eine Verschlechterung der Steuersituation wäre fatal»

Im Vorfeld der Kantonsratswahlen vom 29. März haben wir die Präsidenten der drei bürgerlichen Parteien an einen runden Tisch gebeten. Pirmin Jung von der CVP, Peter Schilliger von der FDP und Franz Grüter von der SVP nehmen Stellung zu aktuellen steuer-, wirtschafts- und bildungspolitischen Themen, die die Luzerner Stimmberechtigten bewegen.

Peter Schilliger, SP und Grüne wollen im Kanton Luzern die Gewinnsteuer für Unternehmen erhöhen. Was halten Sie davon?

Peter Schilliger: Gar nichts. Vor allem nicht in der jetzigen Situation, wo wir vom Bund her steuer-technisch massiv unter Druck geraten werden. Mit der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III werden Holdinggesellschaften in Zukunft stärker belastet. In jenen Kantonen, in denen grosse Gesellschaften ansässig sind – Basel, Genf und Zürich zum Beispiel – wird man die Steuern senken müssen, damit die Unternehmen nicht davonlaufen. Wir im Kanton Luzern haben mit den gezielten Steuersenkungen des vergangenen Jahrzehnts vorgesorgt und sind jetzt in einer guten Position, um die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III aufzufangen. Eine Verschlechterung unserer Position, wie sie die Initiative der Linken fordert, wäre fatal. Wir kämen im interkantonalen Wettbewerb unter die Räder.

Sehen Sie das auch so, Franz Grüter?

Franz Grüter: Das sehen alle Bürgerlichen so. Aber es sind nicht nur die Unternehmenssteuern, die unter Druck geraten sind. Denken Sie an die Erbschaftssteuer, über die das Schweizer Volk im Juni abstimmt. Deren Einführung würde nicht nur die Steuerlast erhöhen, sondern auch die Nachfolgeregelung im Betrieb extrem erschweren. Oder die Energiesteuer, die die Grünliberalen einführen wollen, und über die wir am 8. März abstimmen. Wenn wir zu all diesen neuen Steuern Ja sagen, dann werden wir die wirtschaftliche Stärke von Gewerbe und Industrie klar schwächen. Tiefe Steuern sind für die Unternehmen in unserem Kanton ein entscheidender Wettbewerbsvorteil.

Attraktive Steuern sind das eine. Was braucht es sonst noch, damit Unternehmen im Kanton Luzern investieren und Arbeitsplätze schaffen, Pirmin Jung?

Pirmin Jung: Wir müssen sicher darauf achten, dass im Gegenzug zu den Steuersenkungen nicht die indirekten Steuern, also die Gebühren und Abgaben, erhöht werden. Auch das belastet uns Unternehmer. Daneben brauchen wir natürlich eine gute Verkehrserschliessung und ein wirksames Energiegesetz. Vor allem sollte der Kanton die Energieeffizienz fördern. Davon profitieren all die vielen Gewerbler, die in diesem Bereich tätig sind, vom Elektriker über den Dachdecker bis hin zum Spengler.

Franz Grüter: Wichtig ist auch der Abbau der Bürokratie. Wenn ein Unternehmer etwas Neues auf die Beine stellen will, dann sollen die Behörden kein Klotz am Bein sein, sondern eine schnelle Unterstützung garantieren.

Pirmin Jung: Unser schlankes Arbeitsgesetz ist ein Trumpf im internationalen Wettbewerb. Der Staat soll die Unternehmen nicht mit weiteren Auflagen belasten. Sonst haben wir bald Verhältnisse wie in Deutschland, wo der Jahresabschluss einer Firma mit 10 Mitarbeitern 70 bis 80 A4-Seiten lang wird. Zum Vergleich: Für meinen 30-Mann-Betrieb in der Schweiz brauche ich lediglich 10 Seiten.

Peter Schilliger: Sicherheit und Verlässlichkeit sind für Unternehmen wie für Private zentral. Wenn sich jemand sicher fühlt, ist er bereit zu investieren. Und wenn der Bürger konsum- und investitionswillig ist, dann läuft die Wirtschaft. Wenn das Gesamtgefüge des Kantons funktioniert, dann haben wir auch die nötigen Arbeitsplätze.

Wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf für den Kanton, Franz Grüter?

Franz Grüter: Bei der Berufsbildung. Immer mehr KMU haben Mühe, ihre Lehrstellen zu besetzen. Vor allem im handwerklichen Bereich. Noch immer setzen zu viele Jugendliche – oft auf Druck ihrer Eltern – auf die akademische Laufbahn. Dabei bietet eine Lehre ausgezeichnete Perspektiven und Karrieremöglichkeiten.

Peter Schilliger: Den Wert unseres dualen Bildungssystems kann man nicht genug hervorstreichen. Es gibt viele erfolgreiche Geschäftsleute, die ihre Karriere mit einer Lehre gestartet haben. Das sollte man der breiten Bevölkerung besser kommunizieren. Da ist der Kanton gefordert.

Pirmin Jung: Gerade Leute mit Migrationshintergrund kennen die vielfältigen Möglichkeiten unseres dualen Bildungssystems zu wenig. Ich



Die Präsidenten der drei bürgerlichen Parteien im angeregten Gespräch: (von links) Pirmin Jung (CVP), Peter Schilliger (FDP) und Franz Grüter (SVP). (Bild Daniel Schwab)

kenne Deutsche, die nicht wissen, dass man mit einem Zimmermann-Abschluss ein Ingenieurbüro eröffnen kann. Die Vorzüge einer Berufsschule sollten bereits in der Primarschule kommuniziert werden, bevor die Jungen ins Gymnasium abwandern. Sonst haben wir bald Zustände wie in der Stadt Zürich, wo über 60 Prozent der Sechstklässler am Mittwochnachmittag einen Weiterbildungskurs belegen, damit sie den Übertritt ins Gymnasium schaffen. So etwas macht mir Mühe.

Oft hört man auch den Vorwurf der Akademisierung der Berufsbildung. Ist diese Gefahr Ihrer Meinung nach real, Peter Schilliger?

Peter Schilliger: Ja, diese Gefahr besteht. Der schulische Anteil der Ausbildung darf nicht erhöht werden. Und die Behörden sollen nicht immer mehr normieren. Die Branchen müssen die Bildungshoheit behalten. Denn wir kennen die Bedürfnisse unserer Mitarbeiter besser als der Staat. Pirmin Jung: Ein weiteres Problem ist die immer stärkere Durchmischung auf Tertiärstufe. Das merkt man nur schon an der Namensgebung: Unsere «Hochschule Luzern» ist nicht eine Hochschule, sondern eine Fachhochschule. Die Eintrittshürde für den Quereinstieg aus dem Gym-

nasium sollten erhöht werden. Sonst hat man an der Fachhochschule immer mehr Leute, die überhaupt keine Praxiserfahrung haben.

Peter Schilliger: Dem pflichte ich voll und ganz bei. Wenn ein Berufsmaturand an die Universität will, muss er mit der Passerelle ein Jahr lang zurück auf die Schulbank und büffeln. Wenn im Gegenzug ein Maturand in die Fachhochschule übertreten will, braucht er keinen Berufsnachweis zu erbringen. Da stimmt doch etwas im System nicht.

Am 29. März wird der Luzerner Kantonsrat erneuert. Bei der SVP ist der Anteil an gewerblichen Kandidaten am grössten. Ist es Ihnen leicht gefallen, Franz Grüter, Unternehmer zu einer Kandidatur zu bewegen?

Franz Grüter: Nein. Es wird auch für uns immer schwieriger, Unternehmer zu finden, die bereit sind, sich erstens politisch zu engagieren und sich zweitens zu einer Partei zu bekennen.

Peter Schilliger: Unternehmer oder Angestellte mit Leitungsfunktion sind heute immer stärker im Geschäft eingebunden. Das gilt es zu akzeptieren. Deshalb müsste man das politische Milizsystem vereinfachen. Ein Kantonsrat übernimmt heute immer mehr auch überflüssige Aufgaben,



und hat dadurch immer mehr Kommissionssitzungen, so dass ihm schliesslich immer weniger Zeit bleibt, um echte Politik zu betreiben.

Was bringt es denn einem Unternehmer, wenn er sich in der Politik engagiert, Pirmin Jung?

Pirmin Jung: Sehr viel. Ich selber bin zwar nicht Parlamentarier, aber ich kann Ihnen sagen: Das Mitmachen in der Politik bringt mir mehr als jedes MBA, das ich in dieser Zeit hätte machen können. Ich habe die Abläufe im politischen Prozess kennengelernt, ich habe mein Netzwerk ausgebaut. Von einem politischen Amt kann jeder Unternehmer profitieren.

Peter Schilliger: Ein Unternehmer ist den politischen Entscheiden doppelt ausgesetzt: erstens beruflich, zweitens als Privatperson. Deshalb müsste er auch doppelt daran interessiert sein, diese Entscheide mitzubeeinflussen.

Franz Grüter: Das sehe ich genau so. Wir Unternehmer dürfen das Feld nicht den Berufspolitikern überlassen, die Anliegen vertreten, die dem Gewerbe und der Wirtschaft nicht förderlich sind.



Der Gewerbeverband des Kantons Luzern hat eine parlamentarische Gewerbegruppe. Franz Grüter, finden Sie, dass diese Institution Sinn macht?

Franz Grüter: Ich freue mich über eine aktive Gewerbegruppe. Im Rahmen der Gewerbepolitik gibt es für SVP, FDP und CVP oft die Möglichkeit, einen bürgerlichen Schulterschluss zu realisieren. Mich stört aber, dass teilweise Politiker in dieser Gruppe Einsitz haben, die die Anliegen des Gewerbes nur dann vertreten, wenn es darum geht, für die nächsten Wahlen empfohlen zu werden.

Pirmin Jung: Wichtig ist, dass wir Leute in dieser Gruppe haben, die die Interessen der Gewerbler aufnehmen und anschliessend in den Parteigremien und im Rat vertreten. Aber wir müssen akzeptieren, dass jeder Kantonsrat – bildlich gesprochen – mehrere Hüte auf dem Kopf hat und bei seinen Entscheiden nicht immer nur die Sicht des Gewerbes berücksichtigen kann.

Peter Schilliger: Die Gewerbegruppe ist eine wichtige Institution. Um schlagkräftig zu sein, sollte sie sich auf wenige Themen konzentrieren und dort dafür versuchen, mehr Leute ins Boot zu holen. Schliesslich geht es in der Politik darum, Lösungen durchzubringen und nicht Polemik der Polemik willen zu machen.



Interview Alex Piazza